

Im Gespräch mit dem Schriftsteller György Dalos über die Wende von 1989 und ihre Folgen

## „Niemand ahnte die Kraft des Nationalen“

György Dalos, 1943 in Budapest geboren, gehört zu den Mitbegründern der demokratischen Oppositionsbewegung im kommunistischen Ungarn. In seinem Essay *Archipel Gulasch* (1986) hat er darüber Auskunft gegeben. In seinem neuen Buch *Der Vorhang geht auf* (München 2009) schildert Dalos, der heute als freier Autor in Berlin lebt, den Sturz der kommunistischen Diktaturen in Ostmitteleuropa vor zwanzig Jahren.

**Die Politische Meinung:** *Lassen sich die Ereignisse von 1989 auf einen Nenner bringen? Was vor allem machte den Charakter dieser Zeitenwende aus?*

**György Dalos:** 1989 ist auf einen Nenner zu bringen aufgrund der Tatsache, dass es um den Zusammenbruch von Systemen ging, die unter sowjetischer Kontrolle zustande gekommen waren. Alle diese Länder erreichten 1989 ihre staatliche Souveränität: Das ist das Gemeinsame. Die Unterschiede entstehen aus der unterschiedlichen Tradition, Kultur und Geschichte der ostmitteleuropäischen Länder.

**Die Politische Meinung:** *Der britische Zeithistoriker Timothy Garton Ash hat von einer „Refolution“ gesprochen – einer Mischung aus Reform von oben und Revolutionsbewegung von unten. Erscheint Ihnen dieses Erklärungsmodell plausibel?*

**Dalos:** Ich glaube nicht, dass dieser Ausdruck passt. Es gab überhaupt nicht in al-

len diesen Ländern die Bereitschaft von kommunistischen Machthabern zu Reformen; und es gab auch nicht überall revolutionäre Momente in der Aufbruchsbewegung von 1989. Dies waren durchwegs friedliche Bewegungen, die sich im Grunde eher auf den Sturz der Diktatur als auf ein positives Programm richteten. Ein solches Programm hatte damals fast niemand in Ostmitteleuropa. Revolutionär ist die Tragweite der tatsächlich erfolgten Veränderungen, nämlich der neuen Eigentumsformen und der Kapitalisierung.

**Die Politische Meinung:** *Was waren 1989 die entscheidenden Faktoren? Ging es um eine Implosion des kommunistischen Systems, beginnend in Moskau – oder war es auch eine Selbstbefreiung der ostmitteleuropäischen Völker?*

**Dalos:** Ursprünglich ging es darum, dass die Moskauer Führung die ostmitteleuropäischen Verbündeten zunehmend als eine Belastung für sich empfunden hat. Das war schon unter Breschnew sichtbar, als sich die Sowjets nicht mehr an die mit diesen Staaten geschlossenen Verträge halten konnten. Moskaus Lieferungen waren ebenso wenig präzise wie technisch vollkommen. Die ostmitteleuropäischen Staaten haben ihrerseits die Warenlieferungen an die Sowjetunion auch nicht auf dem Qualitätsniveau gehalten, das sie gegenüber westlichen Partnern unbedingt garantieren mussten. Das führte dazu, dass die Sowjetunion selbst

nach westlichen Kontakten suchte und ihren Verbündeten ebenfalls in größerem Maße als früher Westkontakte ermöglichte. Das ließ einen Riss in diesen Systemen entstehen, bevor irgendjemand über diesen Riss gesprochen hatte.

Im Sommer 1986 sagte der neue Kremlchef Michail Gorbatschow auf einer Politbürositzung seinen Genossen, dass die Sowjetunion nicht noch einmal bereit sein werde, sich wie in früheren Krisenfällen mit militärischer Gewalt in die Angelegenheiten der anderen Ostblockstaaten einzumischen. Er nannte ganz konkret Ungarn 1956 und Prag 1968 als Beispiele, denen die Sowjetmacht künftig nicht mehr folgen werde. Gorbatschow nannte auch den Grund dafür. „Wir wollen überhaupt keine Führer über diese Länder bleiben“, sagte er, „weil das bedeutet, dass wir sie weiter am Hals haben.“ Dieser Satz war damals streng geheim, er drang nicht über die Mauer der Parteizentrale. Aber er war der Ausgangspunkt für einen neuen Umgang der Sowjetunion mit ihren Verbündeten.

*Die Politische Meinung: Das heißt: Der Wandel im Zentrum des sowjetischen Imperiums hat das Beben an der Peripherie ausgelöst.*

**Dalos:** Die Sowjets haben damals ihre eigene Reform angefangen, die *Perestrojka* (Umbau) hieß und von zunehmender Medienfreiheit, nämlich *Glasnost* (Offenheit), geprägt wurde. Dieses Beispiel führte zu einer Erosion der Ostsysteme. Denn früher, wenn irgendwelche Reformen in den Ostblockstaaten initiiert worden sind, spielte die Sowjetunion ständig die Rolle des Bremsers; jetzt aber erwies sich das Imperium plötzlich als Motor der Veränderungen. Das allein verunsicherte die führende kommunistische Schicht in den Ostblockländern völlig. Diese hatte ohnehin schon eine gewisse Altersgrenze überschritten, ohne allerdings die Weisheit alter Menschen zu besitzen.

*Die Politische Meinung: Stimmen Sie der Ansicht zu, dass Polen der Vorreiter beim Sturz des Kommunismus gewesen ist?*

**Dalos:** Polen kommt eindeutig die Rolle des politischen Pioniers zu. In diesem Land war das sowjetisch-kommunistische Modell am wenigsten tief in die Gesellschaft eingedrungen. Das bedeutet vor allem, dass die Polen aufgrund der jahrzehntelangen Fremdherrschaft (unter anderem des zaristischen Russlands) eine starke Unabhängigkeitstradition hatten. Zudem verfügten sie – was kein anderes Ostblockland in diesem Maße hatte – über eine katholische Kirche, die wegen der schwachen Rolle des Staates in der polnischen Geschichte zu einer „Ersatzmacht“ werden konnte. Die Wahl von Karol Wojtyła zum Papst 1978 signalisierte, dass plötzlich jemand aus Ostmitteleuropa eine Macht hatte, die sich mit jener der herrschenden Kommunisten durchaus messen konnte.

Die Ungarn hatten 1956 mit einem heroischen, verbitterten und von Anfang an hoffnungslosen Aufstand versucht, die stalinistischen Strukturen loszuwerden, und sie hatten dabei eine wirklich vernichtende Niederlage erlitten. Dagegen gelang es den Polen, eine Zivilgesellschaft aufzubauen, die der kommunistischen Macht jahrzehntelang Probleme bereitete. Die realisierte Variante dieser Zivilgesellschaft war die zehn Millionen Mitglieder zählende Gewerkschaft *Solidarność*, die 1980 etwas erreichte, was niemandem sonst im Ostblock gelang: Sie zwang die herrschende Kommunistische Partei zu Verhandlungen, eine Partei also, die überhaupt nicht daran gewöhnt war, mit einem politischen Gegner am Verhandlungstisch zu reden. Diese Tradition prädestinierte die Polen 1989 dazu, als Erste die Schwäche der kommunistischen Macht zum Wohl der Gesellschaft auszunutzen.

*Die Politische Meinung: Damit konnten die Polen mit ihren Verhandlungen am runden Tisch 1989 zum Modell für die anderen Ostblockländer werden.*

**Dalos:** Der runde Tisch ist zu einem Modell geworden, das freilich in keinem anderen Land zu hundert Prozent befolgt worden ist. In Polen begann es wirklich mit einem runden Tisch, weil die Regierung von General Jaruzelski extra einen solchen bei einer noblen Möbelwerkstatt anfertigen ließ. In den anderen Ländern aber mussten meist zusammengeschoebene Bürotische für diese Verhandlungen genügen. Die meisten Ostblockstaaten hatten keine Zeit mehr für eine gründliche Vorbereitung der Verhandlungen; sie verhandelten immer im letzten Moment – in panischer Angst vor Machtverlust.

Die Polen machten dies mit einem gewissen Gefühl für Stil und mit Würde. Beide Seiten an dieser „Tafelrunde der Erzfeinde“ hatten eben eine langjährige Kampf- und Verhandlungstradition. Es waren wirklich Feinde, weil ein Teil der Verhandlungsführer – wie General Jaruzelski oder Innenminister Kiszczak – direkt verantwortlich gewesen war für den Militärputsch im Dezember 1981 und den darauffolgenden kalten Terror gegen die Solidarność. Trotzdem musste auch die Solidarność einsehen, dass dieses Verhandlungsforum für die Gesellschaft und die Nation lebensnotwendig war.

*Die Politische Meinung: Machte es Ungarn, der zweite Impulsgeber für die Wende von 1989, ähnlich oder anders als Polen?*

**Dalos:** Anders als in Polen initiierte in Ungarn die Opposition die Verhandlungen am runden Tisch. Die Kommunistische Partei dachte zuerst nicht daran. Anfang 1989 gab die ungarische KP – damals nicht mehr von Janos Kadar, sondern von Karoly Grosz geführt – einen Auftrag an eines der Planungsfor-

schungsinstitute. Die von ihr bestellte Untersuchung brachte ans Licht, dass die Führung etwa 35 Prozent der Bevölkerung hinter sich hatte. Deshalb gaben sich Ungarns Kommunisten etwas zuversichtlicher als die polnische Führung, die nicht auf einen ähnlichen Erfolg hoffen konnte. Die Ergebnisse der ersten nicht kommunistisch organisierten Wahlen in Polen am 4. Juni 1989 zeigten, dass es der KP nicht gelungen war, Abgeordnete in den Senat, die zweite Kammer des Parlaments, zu bringen. In Ungarn hingegen gingen die kommunistischen Führer davon aus, dass sie nicht unbedingt über alles verhandeln müssten. Es brauchte erst den massiven Druck der unterschiedlichen neuen Organisationen in Ungarn, damit die Kommunisten den Verhandlungsweg beschrritten. Gleichzeitig gab es aber in Ungarn – anders als in Polen – eine dünne Schicht von wirklichen Reformkommunisten wie Imre Pozsgay, die von Anfang an wussten, dass die Konflikte in der ungarischen Gesellschaft nur auf dem Verhandlungsweg lösbar waren.

*Die Politische Meinung: Sie haben selbst zur demokratischen Opposition in Ungarn gezählt. Wie hat sich denn die Oppositionsbewegung gegen das KP-Regime in Ihrem Land formiert?*

**Dalos:** In Ungarn existierten mehrere Strömungen, die kritisch gegenüber dem System eingestellt waren. Es gab eine dem polnischen Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) oder der Charta 77 in der Tschechoslowakei ähnliche demokratische Opposition, mehrheitlich bestehend aus Intellektuellen, die außerhalb der offiziellen Kultur standen. Es gab unter den Schriftstellern und Künstlern eine eher national geprägte Opposition. Und schließlich gab es sogar eine Opposition innerhalb der Fachkräfte der Partei und der Regierung, die sogenannten Reformkommunen, die bereits Anfang der

1980er-Jahre wussten, dass die ungarische Wirtschaft durch rein kosmetische Maßnahmen, die bis zu diesem Zeitpunkt getroffen worden waren, wohl nicht mehr zu retten war.

Diese drei Strömungen erreichten Mitte der 1980er-Jahre, dass die Regierung zunehmend mit ihnen zu rechnen hatte. Am radikalsten war die demokratische Opposition, die schon im Frühjahr 1987 die Losung ausgab: Kadar muss gehen. Das war sehr wichtig, weil Kadar, anders als andere Ostblockführer, sehr lange eine große Popularität in der Bevölkerung genoss – als Beschützer des sogenannten Gulaschkommunismus. Je dünner freilich das Gulasch wurde, desto weniger wurde Kadar akzeptiert; und das hat die demokratische Opposition in Ungarn gespürt.

***Die Politische Meinung:** Adam Michnik in Polen und Václav Havel in der CSSR sind Beispiele dafür, dass Intellektuelle bei der Wende 1989 eine wichtige Rolle gespielt haben. Lässt sich demnach von einer „Revolution der Intellektuellen“ sprechen?*

**Dalos:** Das ist übertrieben. Es gab damals in allen ostmitteleuropäischen Ländern eine massive politische und soziale Bewegung. Je später, desto massenhafter wurde diese Bewegung in jenem Jahr. Bei den größten Auftritten spielten auch Intellektuelle, Schriftsteller, Schauspieler oder Filmregisseure eine gewisse Rolle. Das gab etwa den Ereignissen in der DDR – besonders bei der großen Kundgebung am 4. November 1989 in Ost-Berlin – den Charakter einer Inszenierung. Aber ich bin sicher, dass diese intellektuelle Strömung letztlich nur einen gewissen Anteil an der Wende hatte.

In der DDR waren zwei innenpolitische Faktoren zumindest zeitweilig eindeutiger wichtiger als die intellektuelle Opposition: erstens die Fluchtbewegung, die die Strukturen der kommunistischen Macht wortwörtlich an die Mauer stellte, und

zweitens die Massenkundgebungen in Leipzig, die ohne Erlaubnis der Herrschenden von Montag zu Montag immer größer geworden sind. Mit der Folge, dass sich eine Volksmacht – so nannte sich ja die DDR – plötzlich dem Volk gegenübergestellt sah, ohne noch einer möglichen sowjetischen Unterstützung gewiss sein zu können. Ich glaube deshalb, dass die Intellektuellen nicht die entscheidende Kraft dieser Revolution gewesen sind, sondern vielmehr die Massen – und auch die waren das nicht sehr lange, meist nur ein paar Wochen. Das gilt auch für Rumänien.

***Die Politische Meinung:** Nach der Wende sind etliche Bürgerrechtler in politische Ämter gewählt worden. Weshalb aber sind diese Leute dann relativ bald wieder von der politischen Bühne verschwunden?*

**Dalos:** Was Ungarn anbelangt, haben sich einige der Intellektuellen von der Opposition ganz gut als Politiker durchgesetzt. Doch die meisten der Schriftsteller und Künstler, die in den ostmitteleuropäischen Ländern in das Parlament gewählt wurden, erwiesen sich nicht als wirkliche Politiker. Es war wichtig, dass diese Persönlichkeiten im Parlament saßen; denn es fehlte an einer Elite, die früher nicht so eng mit der Staatsmacht zu tun gehabt hatte. Es war absolut berechtigt, dass in einem Staat wie der CSSR, wo es keine reformkommunistische Strömung innerhalb der KP gab, ein Mann wie Václav Havel plötzlich in die höchste politische Position gehoben wurde. Es gab ja in der neuen, noch von den Kommunisten besetzten Regierung keine vertrauenswürdigen, authentischen Persönlichkeiten. Man muss aber bedenken, dass Leute wie Havel oder der Schriftsteller Arpad Göncz, der erste Präsident der freien Republik Ungarn, nahezu nur bei jenen Bürgern bekannt waren, die Westsender hörten; in den großen Medien hatte sie bis zur Wende fast niemand gesehen.

*Die Politische Meinung:* Im Unterschied zu den Dissidenten in den anderen Ostblockländern ging ein großer Teil der DDR-Opposition offenbar von der Reformierbarkeit des herrschenden Systems aus. War das nicht eine Illusion?

**Dalos:** Das Problem lag nicht einmal in der Reformierbarkeit. Das Problem steckte vielmehr darin, dass die DDR-Opposition die Demokratie, die sie durch die Wende 1989 erreichte, mit gewissem Recht als eigene Errungenschaft betrachtete. Deswegen fiel es ihr offensichtlich verhältnismäßig schwer, von der eigenen Schöpfung Abschied zu nehmen. Außerdem hatten die ostdeutschen Intellektuellen verdrängt, dass es bei dieser Revolution, die sie die friedliche Revolution nannten, im Grunde um die nationale Unabhängigkeit der DDR ging. Doch diese nationale Unabhängigkeit machte gleichzeitig die „DDR-Nation“ zu einem fiktiven Element. Es stellte sich heraus, dass die DDR ohne Mauer, ohne den von der Partei gesteuerten Sozialismus praktisch keinen historischen Sinn mehr hatte. Es bestand ja ein demokratischer deutscher Staat im Westen (die Bundesrepublik); und ein Regime, das durch Mauer und Grenze definiert war, konnte ohne diese Mauer und ohne diese Grenze auch als Staatlichkeit nicht mehr weiterexistieren.

*Die Politische Meinung:* Nach der Wende begann in Ostmitteleuropa ein langwieriger politischer und wirtschaftlicher Transformationsprozess. Was waren dabei die größten Schwierigkeiten?

**Dalos:** Viele Dissidenten in Ostmitteleuropa hatten zwar gewisse Vorstellungen über den Übergang zu einem demokratischen System. Aber niemand dachte doch, dass die diktatorischen Systeme so schnell zusammenbrechen würden. Niemand ahnte also vor allem das Tempo der Veränderungen. Niemand ahnte die

Kraft des Nationalen, die sich nicht nur gegen die Sowjetunion richtete, sondern auch gegeneinander praktiziert wurde. Und schließlich: Niemand ahnte, wie schwierig der Übergang ökonomisch sein würde. Hingegen gab es allerhand Illusionen von einer schnellen Integration in die Europäische Union. Ich glaube aber, dass die westliche Welt völlig unvorbereitet auf das Jahr 1989 war. Und die Ungarn hätten damals nicht gedacht, dass sie noch vierzehn Jahre lang an der Tür der EU würden anklopfen müssen.

*Die Politische Meinung:* Die Aufnahme der neuen Demokratien in die Europäische Union erfolgte spät. Aber heute müssen sie froh sein, dass sie Mitglieder der EU sind, wenn man an die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise denkt.

**Dalos:** Jetzt gibt es neue Probleme. Ich denke nicht nur an die Weltfinanzkrise, welche die ehemaligen Ostblockstaaten in einem ungewöhnlichen Maße trifft. Diese Krise zeigte vielmehr auch, dass bei der EU-Integration, die für Ungarn vor fünf Jahren in Kraft trat, die Devisenfrage nicht geklärt wurde. Es stellte sich heraus, dass Länder wie die Slowakei oder Slowenien, die das Glück haben, schon in der Eurozone zu sein, all diese Krisenerscheinungen besser meistern können als Ungarn oder Lettland, die an den Rand der Staatspleite geraten sind. Das bedeutet, dass die EU-Integration ohne Zugehörigkeit zur Eurozone nicht vollständig ist.

*Die Politische Meinung:* Denken Sie, dass die Ostmitteleuropäer politisch die Transformation schon geschafft haben?

**Dalos:** Für die EU-Integration mussten die Gesetze dieser Länder – im Fall von Ungarn waren es rund fünfhundert – mit denjenigen der Europäischen Union harmonisiert werden. Dieser Prozess dauerte lange; und er bereitet heute noch Schwierigkeiten.

rigkeiten. Politisch waren die neuen Demokratien blutige Anfänger. Anfangs gab es sehr lange die Angst, ob sie sich als würdig erweisen würden, in die EU aufgenommen zu werden. Aber als die ost-mitteuropäischen Länder und auch die baltischen Staaten schließlich Mitglieder der Europäischen Union waren, hielten es die Gesellschaften dieser Länder auf einmal nicht mehr für so wichtig, darauf zu achten, dass sie salonfähig blieben.

*Die Politische Meinung:* Aber sogar Bulgarien und Rumänien sind inzwischen Mitglieder der Europäischen Union, obwohl man daran zweifeln kann, dass in diesen Ländern 1989 wirklich eine umfassende Revolution stattgefunden hat. Im Fall von Bulgarien hat man ja von einer „fingierten“ oder einer „imitierten“ Revolution gesprochen. Im Fall von Rumänien, dem blutigen Finale der Ketten-Revolutionen von 1989, ist bis heute nicht geklärt, wer beim Sturz des Diktators Ceausescu die Fäden gezogen hat.

**Dalos:** Einerseits verlief in diesen beiden Ländern die Wende so, dass sich faktisch die Macht der Kommunisten nur formell umgestaltete. Es entstanden zwar demokratische Institutionen; aber sie wurden nicht wirklich mit Inhalt gefüllt. Andererseits hat der Westen keine anderen Partner in Bulgarien und Rumänien. Daher hat man in der EU, so sehe ich das, einen Kompromiss versucht: Man entschloss sich, auch diese Länder in die Union aufzunehmen, sie gewissermaßen in der EU „einzusperren“, damit sie ihre Haltung ändern können. Es ist sehr fraglich, ob das gelungen ist. Aber ehrlich gesagt: So lupenreine Demokraten sind auch die Ungarn bis jetzt nicht.

*Die Politische Meinung:* Wie schwierig ist es, mit dem Erbe der kommunistischen Diktatur fertig zu werden?

**Dalos:** Erstens muss man sagen, dass man mit diesem Erbe nie zu hundert Prozent und ganz fertig werden kann. Dieses Erbe lebt einerseits in den Apparatschiks von früher fort. Andererseits ist es heute schon Geschichte. Es wächst eine Generation heran, die keine Ahnung mehr vom Kommunismus hat. Einen radikalen Schlusstrich gibt es nicht. Aber eine hundertprozentige Aufklärung ist auch nicht denkbar. Es ist eine heikle Übergangszeit.

Ganz gut gelungen ist die Aufklärung im Fall der DDR. Mit dem Amt für die Stasi-Unterlagen ist eine Institution geschaffen worden, die zwar keine Strafbehörde ist, aber das Recht der Opfer auf Information durchsetzen kann. Den ost-deutschen Bürgerbewegungen kam dabei zugute, dass sie durch den Sturm auf die Zentrale der Staatssicherheit in Ost-Berlin in den Besitz vieler wichtiger Akten gelangt sind und dass sie mit der Bundesrepublik einen stabilen Rechtsstaat hinter sich hatten. In den anderen Ländern wie Ungarn, Polen oder Tschechien verlief dieser Prozess dagegen chaotisch; und es bleibt ein sehr schlechter Nachgeschmack.

*Die Politische Meinung:* Und was bleibt von 1989? Timothy Garton Ash sagt ja, dass 1989 vor allem das neue Modell einer friedlichen Revolution gebracht habe.

**Dalos:** Was wirklich bleibt, ist die Rückgewinnung der staatlichen Souveränität für viele Länder; ist die Etablierung demokratischer Institutionen, die Sicherung der inneren, staatsbürgerlichen Freiheiten. Die Schwäche des ganzen Wendeprozesses liegt im sozialen Bereich. Diese Revolution wird erst dann endgültig einen Sieg erringen, wenn es gelingt, in den neuen Demokratien auch einen soliden Sozialstaat aufzubauen.

Das Gespräch führte Helmut L. Müller.